

Saarbrücken, den 09.03.2017

Pressemitteilung

Die SPD-Fraktion in der Regionalversammlung appelliert erneut an den Bund, die kommunale Ebene - und insbesondere den Regionalverband Saarbrücken – bei der Finanzierung der sozialen Sicherung nicht alleine zu lassen.

„Der neue Sozialbericht des Regionalverbandes zeigt die besondere soziale Belastung unserer Region“, so der Fraktionsvorsitzende Volker Schmidt. „Seien es Kinder aus sozial schwachen Familien, Langzeitarbeitslose oder pflegebedürftige ältere Menschen – im Regionalverband konzentrieren sich die sozialen Herausforderungen unseres Landes.“ Im Regionalverband lebten ein Drittel der Einwohner des Saarlandes. Gleichzeitig lebten hier aber über die Hälfte - in manchen Bereichen mehr als zwei Drittel - aller Saarländerinnen und Saarländer, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. Auf diese Leistungen hätten die Bürger einen - in der Regel vom Bund geschaffenen - gesetzlichen Anspruch. Dabei seien seit dem letzten Sozialbericht steigende Fallzahlen bei allen Hilfearten zu verzeichnen. Volker Schmidt: „Die Finanzierung der Kindergartenbeiträge für Bedürftige, die Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose oder die Hilfe zur Pflege für alte Menschen sind nur einige Beispiele dafür, wie dringend notwendige, ja existentielle Leistungen von der kommunalen Ebene finanziert werden. 80% des 485 Mio. Euro schweren Regionalverbandshaushalts fließen in die soziale Sicherung. Das Geld muss sich der Regionalverband über die Umlage von den Kommunen holen. Dort fehlt es dann beim Bau und Unterhalt von Straßen, Kindergärten oder Grundschulen.“

So sei ein wesentlicher Teil der Schuldenlast, die die Kommunen drückten, auf die Finanzierung der sozialen Sicherung zurückzuführen. Schließlich müssten die Kommunen, um die Umlage stemmen zu können, wiederum Kredite aufnehmen und damit Schulden anhäufen.

„So kann das nicht weiter gehen. Es ist falsch, die ganze Kostenlast der sozialen Sicherungssysteme den Kommunen aufzubürden. Und die müssen diese Systeme weitgehend über kommunale Kredite finanzieren“, so Volker Schmidt weiter. „Das wird die nachfolgenden Generationen erheblich belasten und ist auch wirtschaftspolitisch völlig unsinnig. Denn Kredite sind auf Dauer nur dann zu rechtfertigen, wenn sie für zukunftsgerichtete Investitionen verwendet werden und nicht für konsumtive Ausgaben.“

Von der Wiege bis zur Bahre sichere der Regionalverband Bedürftigen eine menschenwürdige Existenz. Aber alles mit dem Geld der Kommunen. „Der Bund ist in der Pflicht, das soziale Netz, das er seinen Bürgern schuldet, auch entsprechend finanziell auszustatten. Er darf das nicht länger den Kommunen als dem schwächsten Glied des Staates aufbürden“, so Volker Schmidt abschließend.

Beate Dinger
Fraktionsgeschäftsführerin